

25X1A

No. 112

Auszüge aus Presseberichten

Absatzstockungen in der Ostzone. In der Ostzone machen sich seit einiger Zeit Absatzstockungen bemerkbar, die darauf zurückzuführen sind, daß die SU plötzlich darauf verzichtet hat, eine Reihe von Waren, die auf Grund von Reparationsaufträgen hergestellt wurden, abzunehmen. Infolgedessen haben viele Firmen, unter denen sich manche SAG's mit besonders hohen Reparationsaufträgen befinden, unvermutet große Bestände an Waren.

Offensichtlich fällt es der DWK schwer, die Produktion nunmehr reibungslos auf den Inlandsbedarf umzusteuern. Einer solchen Aufgabe sind die Methoden der Wirtschaftslenkung in der Ostzone nicht gewachsen. Vor allem bringt sie es auch nicht fertig, selbst hochwertige und international begehrte Spitzenerzeugnisse des früheren deutschen Exports, wie etwa Zeiß-Mikroskope, prompt zu exportieren. Dafür ist der Apparat der "Deutschen Handelsgesellschaft" viel zu starr und unbeweglich. Gerade diese hochwertigen Exportwaren müßten aber schnellstens an das Ausland verkauft werden, da die Zone nur wenig Industriewaren herstellt, die der internationalen Konkurrenz gewachsen sind.

Zur Zeit ist die Ostzone nicht einmal in der Lage, auch nur ihre in den Handelsverträgen übernommenen Lieferverpflichtungen termingemäß zu erfüllen, so daß ein verhältnismäßig hohes Außenhandelsdefizit entstanden ist.

Neue Ztg. vom 9. April 1949

Rußland. Generaloberst KUSSNETZOW, Held der SU, hat unter der Parole "Das Vaterland ist durch die kapitalistische Einkreisung bedroht, wir müssen stark sein, um es zu retten", die gesamte männliche und weibliche Bevölkerung Rußlands aufgerufen, sich im Gebrauch der Waffen zu üben. Die Ausbildung wird getragen von der Gesellschaft zur Förderung der Armee und geleitet von entlassenen Kriegsteilnehmern in den Fabriken, Universitäten und Kolchosbetrieben. Mit Unterstützung der Schulen und Sportvereinigungen sowie der kommunistischen Jugendverbände wird vor allem die Jugend, aber auch die Arbeiterschaft und die Bauern im Gebrauch der Waffen, der Handhabung von Nachrichtengeräten und im Autofahren ausgebildet.

Allgem. Ztg. vom 9. April 1949

Wenig Verbrauchsgüter in der Ostzone. Die Versorgung der Bevölkerung der Ostzone mit solchen industriellen Gütern, die für den Lebensbedarf unerlässlich sind, hat sich bisher nicht verbessert. Trotz der Erhöhung der absoluten Menge an Waren, hat sich die Versorgung relativ verschlechtert, denn der Bedarf der immer mehr verarmenden Bevölkerung nimmt sehr viel stärker zu als die verfügbaren Waren. Innerhalb des Zweijahresplanes soll jeder Einwohner der Ostzone ab 1950 ein Paar Schuhe aus Ersatzstoffen bekommen. Dazu müßte die eigene Produktion um mindestens 70 % gesteigert werden. Auch die Prämien, die für eine vorzeitige oder für eine beträchtliche Übererfüllung des Solls gewährt werden, werden immer dünner. So wurden einem sächsischen Betrieb mit 300 Beschäftigten als Sonderzuteilung für hervorragende Leistungen lediglich drei Sporthemden, eine Hose und eine Decke zur Verfügung gestellt.

Süddt. Ztg. vom 9. April 1949

Eine Kommission zur Behebung der unerträglichen Warenstauungen, die in allen Wirtschaftszweigen - vor allem aber in der Textilwirtschaft - aufgetreten sind, ist bei der Landesregierung Brandenburg gebildet worden. Die Kommission kann Waren sofort abrufen, ohne die Genehmigung der DHG einzuholen. Sie kann veranlassen, daß Waren minderwertiger Qualität an den Hersteller zurückgegeben werden. Waren aus Reparationsbeständen, die der deutschen Bevölkerung zur Verfügung gestellt sind, sowie alle Textilwaren, die irgendwo lagern, gehen entweder an die "Freien Läden" oder werden an die Bevölkerung ohne Punkte abgegeben.

Wirtschaftsrevue vom 8. April 1949

Ostzonen-Lokomotiven sollen mit Braunkohle fahren. In der Ostzone sollen bis 1. September auf Befehl der SMA 800 Lokomotiven auf Braunkohlenfeuerung umgebaut werden; der Umbau wird infolge Materialmangel erschwert. Die Ostzone verwendet seit Kriegsende vorzugsweise Braunkohle zur Lokomotivheizung.

Süddt. Ztg. vom 9. April 1949

11/4/49

No. 112

Auszüge aus Presseberichten

Absatzstockungen in der Ostzone. In der Ostzone machen sich seit einiger Zeit Absatzstockungen bemerkbar, die darauf zurückzuführen sind, daß die SU plötzlich darauf verzichtet hat, eine Reihe von Waren, die auf Grund von Reparationsaufträgen hergestellt wurden, abzunehmen. Infolgedessen haben viele Firmen, unter denen sich manche SAG's mit besonders hohen Reparationsaufträgen befinden, unvermutet große Bestände an Waren.

Offensichtlich fällt es der DWK schwer, die Produktion nunmehr reibungslos auf den Inlandsbedarf umzusteuern. Einer solchen Aufgabe sind die Methoden der Wirtschaftslenkung in der Ostzone nicht gewachsen. Vor allem bringt sie es auch nicht fertig, selbst hochwertige und international begehrte Spitzenerzeugnisse des früheren deutschen Exports, wie etwa Zeiß-Mikroskope, prompt zu exportieren. Dafür ist der Apparat der "Deutschen Handelsgesellschaft" viel zu starr und unbeweglich. Gerade diese hochwertigen Exportwaren müßten aber schnellstens an das Ausland verkauft werden, da die Zone nur wenig Industriewaren herstellt die der internationalen Konkurrenz gewachsen sind.

Zur Zeit ist die Ostzone nicht einmal in der Lage, auch nur ihre in den Handelsverträgen übernommenen Lieferverpflichtungen termingemäß zu erfüllen, so daß ein verhältnismäßig hohes Außenhandelsdefizit entstanden ist.

Neue Ztg. vom 9. April 1949

Rußland. Generaloberst KUSSNETZOW, Held der SU, hat unter der Parole "Das Vaterland ist durch die kapitalistische Einkreisung bedroht, wir müssen stark sein, um es zu retten", die gesamte männliche und weibliche Bevölkerung Rußlands aufgerufen, sich im Gebrauch der Waffen zu üben. Die Ausbildung wird getragen von der Gesellschaft zur Förderung der Armee und geleitet von entlassenen Kriegsteilnehmern in den Fabriken, Universitäten und Kolchosbetrieben. Mit Unterstützung der Schulen und Sportvereinigungen sowie der kommunistischen Jugendverbände wird vor allem die Jugend, aber auch die Arbeiterschaft und die Bauern im Gebrauch der Waffen, der Handhabung von Nachrichtengeräten und im Autofahren ausgebildet.

Allgem. Ztg. vom 9. April 1949

Wenig Verbrauchsgüter in der Ostzone. Die Versorgung der Bevölkerung der Ostzone mit solchen industriellen Gütern, die für den Lebensbedarf unerlässlich sind, hat sich bisher nicht verbessert. Trotz der Erhöhung der absoluten Menge an Waren, hat sich die Versorgung relativ verschlechtert, denn der Bedarf der immer mehr verarmenden Bevölkerung nimmt sehr viel stärker zu als die verfügbaren Waren. Innerhalb des Zweijahresplanes soll jeder Einwohner der Ostzone ab 1950 ein Paar Schuhe aus Ersatzstoffen bekommen. Dazu müßte die eigene Produktion um mindestens 70 % gesteigert werden. Auch die Prämien, die für eine vorzeitige oder für eine beträchtliche Übererfüllung des Solls gewährt werden, werden immer dünner. So wurden einem sächsischen Betrieb mit 300 Beschäftigten als Sonderzuteilung für hervorragende Leistungen lediglich drei Sporthemden, eine Hose und eine Decke zur Verfügung gestellt.

Süddt. Ztg. vom 9. April 1949

Eine Kommission zur Behebung der unerträglichen Warenstauungen, die in allen Wirtschaftszweigen - vor allem aber in der Textilwirtschaft - aufgetreten sind, ist bei der Landesregierung Brandenburg gebildet worden. Die Kommission kann Waren sofort abrufen, ohne die Genehmigung der DRG einzuholen. Sie kann veranlassen, daß Waren minderwertiger Qualität an den Hersteller zurückgegeben werden. Waren aus Reparationsbeständen, die der deutschen Bevölkerung zur Verfügung gestellt sind, sowie alle Textilwaren, die irgendwo lagern, gehen entweder an die "Freien Läden" oder werden an die Bevölkerung ohne Punkte abgegeben.

Wirtschaftsrevue vom 8. April 1949

Ostzonen-Lokomotiven sollen mit Braunkohle fahren. In der Ostzone sollen bis 1. September auf Befehl der SMA 800 Lokomotiven auf Braunkohlenfeuerung umgebaut werden; der Umbau wird infolge Materialmangel erschwert. Die Ostzone verwendet seit Kriegsende vorzugsweise Braunkohle zur Lokomotivheizung.

Süddt. Ztg. vom 9. April 1949

11/4/49

No. 112

Auszüge aus Presseberichten

Absatzstockungen in der Ostzone. In der Ostzone machen sich seit einiger Zeit Absatzstockungen bemerkbar, die darauf zurückzuführen sind, daß die SU plötzlich darauf verzichtet hat, eine Reihe von Waren, die auf Grund von Reparationsaufträgen hergestellt wurden, abzunehmen. Infolgedessen haben viele Firmen, unter denen sich manche SAG's mit besonders hohen Reparationsaufträgen befinden, unvermutet große Bestände an Waren.

Offensichtlich fällt es der DWK schwer, die Produktion nunmehr reibungslos auf den Inlandsbedarf umzusteuern. Einer solchen Aufgabe sind die Methoden der Wirtschaftslenkung in der Ostzone nicht gewachsen. Vor allem bringt sie es auch nicht fertig, selbst hochwertige und international begehrte Spitzenerzeugnisse des früheren deutschen Exports, wie etwa Zeiß-Mikroskope, prompt zu exportieren. Dafür ist der Apparat der "Deutschen Handelsgesellschaft" viel zu starr und unbeweglich. Gerade diese hochwertigen Exportwaren müßten aber schnellstens an das Ausland verkauft werden, da die Zone nur wenig Industriewaren herstellt die der internationalen Konkurrenz gewachsen sind.

Zur Zeit ist die Ostzone nicht einmal in der Lage, auch nur ihre in den Handelsverträgen übernommenen Lieferverpflichtungen termingemäß zu erfüllen, so daß ein verhältnismäßig hohes Außenhandelsdefizit entstanden ist.

Neue Ztg. vom 9. April 1949

Rußland. Generaloberst KUSSNETZOW, Held der SU, hat unter der Parole "Das Vaterland ist durch die kapitalistische Einkreisung bedroht, wir müssen stark sein, um es zu retten", die gesamte männliche und weibliche Bevölkerung Rußlands aufgerufen, sich im Gebrauch der Waffen zu üben. Die Ausbildung wird getragen von der Gesellschaft zur Förderung der Armee und geleitet von entlassenen Kriegsteilnehmern in den Fabriken, Universitäten und Kolchosbetrieben. Mit Unterstützung der Schulen und Sportvereinigungen sowie der kommunistischen Jugendverbände wird vor allem die Jugend, aber auch die Arbeiterschaft und die Bauern im Gebrauch der Waffen, der Handhabung von Nachrichtengeräten und im Autofahren ausgebildet.

Allgem. Ztg. vom 9. April 1949

Wenig Verbrauchsgüter in der Ostzone. Die Versorgung der Bevölkerung der Ostzone mit solchen industriellen Gütern, die für den Lebensbedarf unerlässlich sind, hat sich bisher nicht verbessert. Trotz der Erhöhung der absoluten Menge an Waren, hat sich die Versorgung relativ verschlechtert, denn der Bedarf der immer mehr verarmenden Bevölkerung nimmt sehr viel stärker zu als die verfügbaren Waren. Innerhalb des Zweijahresplanes soll jeder Einwohner der Ostzone ab 1950 ein Paar Schuhe aus Ersatzstoffen bekommen. Dazu müßte die eigene Produktion um mindestens 70 % gesteigert werden. Auch die Prämien, die für eine vorzeitige oder für eine beträchtliche Übererfüllung des Solls gewährt werden, werden immer dünner. So wurden einem sächsischen Betrieb mit 300 Beschäftigten als Sonderzuteilung für hervorragende Leistungen lediglich drei Sporthemden, eine Hose und eine Decke zur Verfügung gestellt.

Süddt. Ztg. vom 9. April 1949

Eine Kommission zur Behebung der unerträglichen Warenstauungen, die in allen Wirtschaftszweigen - vor allem aber in der Textilwirtschaft - aufgetreten sind, ist bei der Landesregierung Brandenburg gebildet worden. Die Kommission kann Waren sofort abrufen, ohne die Genehmigung der DHG einzuholen. Sie kann veranlassen, daß Waren minderwertiger Qualität an den Hersteller zurückgegeben werden. Waren aus Reparationsbeständen, die der deutschen Bevölkerung zur Verfügung gestellt sind, sowie alle Textilwaren, die irgendwo lagern, gehen entweder an die "Freien Läden" oder werden an die Bevölkerung ohne Punkte abgegeben.

Wirtschaftsrevue vom 8. April 1949

Ostzonen-Lokomotiven sollen mit Braunkohle fahren. In der Ostzone sollen bis 1. September auf Befehl der SMA 800 Lokomotiven auf Braunkohlenfeuerung umgebaut werden; der Umbau wird infolge Materialmangel erschwert. Die Ostzone verwendet seit Kriegsende vorzugsweise Braunkohle zur Lokomotivheizung.

Süddt. Ztg. vom 9. April 1949

11/4/49

No. 112

Auszüge aus Presseberichten

Absatzstockungen in der Ostzone. In der Ostzone machen sich seit einiger Zeit Absatzstockungen bemerkbar, die darauf zurückzuführen sind, daß die SU plötzlich darauf verzichtet hat, eine Reihe von Waren, die auf Grund von Reparationsaufträgen hergestellt wurden, abzunehmen. Infolgedessen haben viele Firmen, unter denen sich manche SAG's mit besonders hohen Reparationsaufträgen befinden, unvermutet große Bestände an Waren.

Offensichtlich fällt es der DWK schwer, die Produktion nunmehr reibungslos auf den Inlandsbedarf umzusteuern. Einer solchen Aufgabe sind die Methoden der Wirtschaftslenkung in der Ostzone nicht gewachsen. Vor allem bringt sie es auch nicht fertig, selbst hochwertige und international begehrte Spitzenerzeugnisse des früheren deutschen Exports, wie etwa Zeiß-Mikroskope, prompt zu exportieren. Dafür ist der Apparat der "Deutschen Handelsgesellschaft" viel zu starr und unbeweglich. Gerade diese hochwertigen Exportwaren müßten aber schnellstens an das Ausland verkauft werden, da die Zone nur wenig Industriewaren herstellt, die der internationalen Konkurrenz gewachsen sind.

Zur Zeit ist die Ostzone nicht einmal in der Lage, auch nur ihre in den Handelsverträgen übernommenen Lieferverpflichtungen termingemäß zu erfüllen, so daß ein verhältnismäßig hohes Außenhandelsdefizit entstanden ist.

Neue Ztg. vom 9. April 1949

Rußland. Generaloberst KUSSNETZOW, Held der SU, hat unter der Parole "Das Vaterland ist durch die kapitalistische Einkreisung bedroht, wir müssen stark sein, um es zu retten", die gesamte männliche und weibliche Bevölkerung Rußlands aufgerufen, sich im Gebrauch der Waffen zu üben. Die Ausbildung wird getragen von der Gesellschaft zur Förderung der Armee und geleitet von entlassenen Kriegsteilnehmern in den Fabriken, Universitäten und Kolchosbetrieben. Mit Unterstützung der Schulen und Sportvereinigungen sowie der kommunistischen Jugendverbände wird vor allem die Jugend, aber auch die Arbeiterschaft und die Bauern im Gebrauch der Waffen, der Handhabung von Nachrichtengeräten und im Autofahren ausgebildet.

Allgem. Ztg. vom 9. April 1949

Wenig Verbrauchsgüter in der Ostzone. Die Versorgung der Bevölkerung der Ostzone mit solchen industriellen Gütern, die für den Lebensbedarf unerlässlich sind, hat sich bisher nicht verbessert. Trotz der Erhöhung der absoluten Menge an Waren, hat sich die Versorgung relativ verschlechtert, denn der Bedarf der immer mehr verarmenden Bevölkerung nimmt sehr viel stärker zu als die verfügbaren Waren. Innerhalb des Zweijahresplanes soll jeder Einwohner der Ostzone ab 1950 ein Paar Schuhe aus Ersatzstoffen bekommen. Dazu müßte die eigene Produktion um mindestens 70 % gesteigert werden. Auch die Prärien, die für eine vorzeitige oder für eine beträchtliche Übererfüllung des Solls gewährt werden, werden immer dünner. So wurden einem sächsischen Betrieb mit 300 Beschäftigten als Sonderzuteilung für hervorragende Leistungen lediglich drei Sporthemden eine Hose und eine Decke zur Verfügung gestellt.

Süddt. Ztg. vom 9. April 1949

Eine Kommission zur Behebung der unerträglichen Warenstauungen, die in allen Wirtschaftszweigen - vor allem aber in der Textilwirtschaft - aufgetreten sind, ist bei der Landesregierung Brandenburg gebildet worden. Die Kommission kann Waren sofort abrufen, ohne die Genehmigung der DEG einzuholen. Sie kann veranlassen, daß Waren minderwertiger Qualität an den Hersteller zurückgegeben werden. Waren aus Reparationsbeständen, die der deutschen Bevölkerung zur Verfügung gestellt sind, sowie alle Textilwaren, die irgendwo lagern, gehen entweder an die "Freien Läden" oder werden an die Bevölkerung ohne Punkte abgegeben.

Wirtschaftsrevue vom 8. April 1949

Ostzonen-Lokomotiven sollen mit Braunkohle fahren. In der Ostzone sollen bis 1. September auf Befehl der SMA 800 Lokomotiven auf Braunkohlenfeuerung umgebaut werden; der Umbau wird infolge Materialmangel erschwert. Die Ostzone verwendet seit Kriegsende vorzugsweise Braunkohle zur Lokomotivheizung.

Süddt. Ztg. vom 9. April 1949

14/4/49

No. 115

Auszüge aus Presseberichten

Arbeitsbeschaffung in der Ostzone. Im Kampfe gegen die ansteigende Arbeitslosigkeit der Ostzone werden zur Zeit besondere Arbeitsförderungsprogramme vorbereitet. Der 20 %ige Personalabbau im Verwaltungsapparat und der vielfache Übergang zur Kurzarbeit in den Industriebetrieben als Folge des Rohstoffmangels haben zu einem beträchtlichen Anschwellen der Arbeitslosenziffer in der Ostzone geführt. Die Arbeitslosen setzen sich vor allem zusammen aus früheren Beamten, kaufmännischen und Verwaltungsangestellten, ungelerten Arbeitern und den Angehörigen der Intelligenzberufe, wie Studienräte, Richter, Lehrer usw., die aus politischen Gründen ihren einstigen Beruf nicht ausüben dürfen. Auch enteignete Unternehmer und Gutbesitzer sind hier zu nennen. Unter die Arbeitsförderungsprojekte, die von der DWK ausgearbeitet werden, fallen Vorhaben wie Kanalbauten, Flußregulierungsarbeiten, Erschließung versoffener und als unrentabel aufgegebenen Gruben, Aufbau neuer Betriebe usw. Bei der Verwirklichung dieser Projekte sollen zunächst 7 000 Menschen untergebracht werden. Zusätzlich hat der Erzbergbau Aue für das 2. Quartal dieses Jahres 4 000 weitere Arbeitskräfte angefordert. Auch für den Ausbau der mecklenburgischen Werften, die jetzt Fischkutter für Sowjetrußland bauen, sollen noch 3 000 Arbeitskräfte eingestellt werden usw. Zentrale Ziffern über die Arbeitslosigkeit in der Ostzone wurden bisher nicht veröffentlicht. Allein die Maßnahme des Personalabbaus in den Verwaltungen machte rund 200 000 Kräfte arbeitslos. Kalkulationen auf Grund von Stichproben auf den einzelnen Ämtern für Arbeit und Sozialfürsorge kommen zu einer Arbeitslosenziffer von 450 000. Die Ämter für Arbeit und Sozialfürsorge, die aus den früheren Arbeitsämtern hervorgegangen sind, wurden angewiesen, in gegenseitigem Wettbewerb zur Unterbringung der Nichtbeschäftigten zu treten.

WPZ vom 7. April 49

Wahlen? ADN verbreitet die Meldung, daß der von der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzte "Berliner Ausschuß für Einheit und gerechten Frieden" bei den vier Militärkommandanten die Zulassung von Wahlen am 15. und 16. Mai beantragen werde. Es solle sich um allgemeine direkte und geheime Wahlen für den Dritten Volkskongreß handeln. Berliner politische Kreise erklären dazu, die beiden vorangegangenen Volkskongresse seien durch ein völlig unkontrollierbares Berufungsverfahren zustande gekommen. Die jetzt angekündigten Wahlen würden auch in Berlin kaum nach einem anderen Modus vor sich gehen, als es für die Ostzone geplant sei. Hier würden die Delegierten, wie amtlich bekanntgegeben worden sei, nach einer Einheitsliste bestimmt. Diese Liste sei in internen Besprechungen zwischen der SED und den Blockparteien aufgestellt worden, so daß die Bevölkerung nur die Möglichkeit habe, durch ein Ja oder Nein abzustimmen. Aussicht darauf, in den Westsektoren Gehör zu finden, dürfte die SED jedoch erst haben, wenn sie sich zu einer echten Wahl stelle. Bemerkenswert sei jedoch, daß jetzt eine Institution, die von sowjetischer Seite stark begünstigt werde, sich zum ersten Male seit längerer Zeit an alle vier Kommandanten Berlins wende, wodurch der Viermächtecharakter der Stadt anerkannt werde.

Allgem. Ztg. vom 14. April 49

Zentralisierung in der Ostzone. Ein großer Teil volkseigener Betriebe wurde nach der Zusammenfassung in Vereinigungen der DWK unterstellt, ebenso gingen auch verschiedene andere wirtschaftspolitische Funktionen aus dem Bereich der Länderregierungen auf die Zonenverwaltung über; dadurch wurden Etatverschiebungen und die Aufstellung eines besonderen Zonenhaushaltes erforderlich. Nunmehr hat die DWK beschlossen, mit Wirkung vom 1. April 1949 ein "Deutsches Zentralfinanzamt" bei der Hauptverwaltung Finanzen zu errichten.

WPZ vom 7. April 49

DRP. Die britische Mil.Reg. hat die Deutsche Rechtspartei im Kreise Griffhorn, zu dem auch Wolfsburg gehört, verboten. Der Zivilgouverneur von Niedersachsen hat der Parteiführung nationalistische und mil. Haltung vorgeworfen. Der politische Feldzug der Partei in den letzten Monaten sei provokatorisch und die Methoden der Partei stellten eine Bedrohung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung dar.

Allgem. Ztg. vom 14. April 1949

14/4/49

No. 115

Auszüge aus Presseberichten

Arbeitsbeschaffung in der Ostzone. Im Kampfe gegen die ansteigende Arbeitslosigkeit der Ostzone werden zur Zeit besondere Arbeitsförderungsprogramme vorbereitet. Der 20 %ige Personalabbau im Verwaltungsapparat und der vielfache Übergang zur Kurzarbeit in den Industriebetrieben als Folge des Rohstoffmangels haben zu einem beträchtlichen Anschwellen der Arbeitslosenziffer in der Ostzone geführt. Die Arbeitslosen setzen sich vor allem zusammen aus früheren Beamten, kaufmännischen und Verwaltungsangestellten, ungelerten Arbeitern und den Angehörigen der Intelligenzberufe, wie Studienräte, Richter, Lehrer usw., die aus politischen Gründen ihren einstigen Beruf nicht ausüben dürfen. Auch enteignete Unternehmer und Gutsbesitzer sind hier zu nennen. Unter die Arbeitsförderungsprojekte, die von der DWK ausgearbeitet werden, fallen Vorhaben wie Kanalbauten, Flußregulierungsarbeiten, Erschließung versoffener und als unrentabel aufgegebenen Gruben, Aufbau neuer Betriebe usw. Bei der Verwirklichung dieser Projekte sollen zunächst 7 000 Menschen untergebracht werden. Zusätzlich hat der Erzbergbau Aue für das 2. Quartal dieses Jahres 4 000 weitere Arbeitskräfte angefordert. Auch für den Ausbau der mecklenburgischen Werften, die jetzt Fischkutter für Sowjetrußland bauen, sollen noch 3 000 Arbeitskräfte eingestellt werden usw. Zentrale Ziffern über die Arbeitslosigkeit in der Ostzone wurden bisher nicht veröffentlicht. Allein die Maßnahme des Personalabbaus in den Verwaltungen machten rund 200 000 Kräfte arbeitslos. Kalkulationen auf Grund von Stichproben auf den einzelnen Ämtern für Arbeit und Sozialfürsorge kommen zu einer Arbeitslosenziffer von 450 000. Die Ämter für Arbeit und Sozialfürsorge, die aus den früheren Arbeitsämtern hervorgegangen sind, wurden angewiesen, in gegenseitigem Wettbewerb zur Unterbringung der Nichtbeschäftigten zu treten.

WPZ vom 7. April 49

Wahlen? ADN verbreitet die Meldung, daß der von der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzte "Berliner Ausschuß für Einheit und gerechten Frieden" bei den vier Militärkommandanten die Zulassung von Wahlen am 15. und 16. Mai beantragen werde. Es solle sich um allgemeine direkte und geheime Wahlen für den Dritten Volkskongreß handeln. Berliner politische Kreise erklären dazu, die beiden vorangegangenen Volkskongresse seien durch ein völlig unkontrollierbares Berufungsverfahren zustande gekommen. Die jetzt angekündigten Wahlen würden auch in Berlin kaum nach einem anderen Modus vor sich gehen, als es für die Ostzone geplant sei. Hier würden die Delegierten, wie amtlich bekanntgegeben worden sei, nach einer Einheitsliste bestimmt. Diese Liste sei in internen Besprechungen zwischen der SED und den Blockparteien aufgestellt worden, so daß die Bevölkerung nur die Möglichkeit habe, durch ein Ja oder Nein abzustimmen. Aussicht darauf, in den Westsektoren Gehör zu finden, dürfte die SED jedoch erst haben, wenn sie sich zu einer echten Wahl stelle. Bemerkenswert sei jedoch, daß jetzt eine Institution, die von sowjetischer Seite stark begünstigt werde, sich zum ersten Male seit längerer Zeit an alle vier Kommandanten Berlins wende, wodurch der Viermächtecharakter der Stadt anerkannt werde.

Allgem. Ztg. vom 14. April 49

Zentralisierung in der Ostzone. Ein großer Teil volkseigener Betriebe wurde nach der Zusammenfassung in Vereinigungen der DWK unterstellt, ebenso gingen auch verschiedene andere wirtschaftspolitische Funktionen aus dem Bereich der Länderregierungen auf die Zonenverwaltung über; dadurch wurden Etatverschiebungen und die Aufstellung eines besonderen Zonenhaushaltes erforderlich. Nunmehr hat die DWK beschlossen, mit Wirkung vom 1. April 1949 ein "Deutsches Zentralfinanzamt" bei der Hauptverwaltung Finanzen zu errichten.

WPZ vom 7. April 49

DRP. Die britische Mil.Reg. hat die Deutsche Rechtspartei im Kreise Grifflhorn, zu dem auch Wolfsburg gehört, verboten. Der Zivilgouverneur von Niedersachsen hat der Parteiführung nationalistische und mil. Haltung vorgeworfen. Der politische Feldzug der Partei in den letzten Monaten sei provokatorisch und die Methoden der Partei stellten eine Bedrohung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung dar.

Allgem. Ztg. vom 14. April 1949

141 4/49

No. 115

Auszüge aus Presseberichten

Arbeitsbeschaffung in der Ostzone. Im Kampfe gegen die ansteigende Arbeitslosigkeit der Ostzone werden zur Zeit besondere Arbeitsförderungsprogramme vorbereitet. Der 20 %ige Personalabbau im Verwaltungsapparat und der vielfache Übergang zur Kurzarbeit in den Industriebetrieben als Folge des Rohstoffmangels haben zu einem beträchtlichen Anschwellen der Arbeitslosenziffer in der Ostzone geführt. Die Arbeitslosen setzen sich vor allem zusammen aus früheren Beamten, kaufmännischen und Verwaltungsangestellten, ungelerten Arbeitern und den Angehörigen der Intelligenzberufe, wie Studienräte, Richter, Lehrer usw., die aus politischen Gründen ihren einstigen Beruf nicht ausüben dürfen. Auch enteignete Unternehmer und Gutsbesitzer sind hier zu nennen. Unter die Arbeitsförderungsprojekte, die von der DWK ausgearbeitet werden, fallen Vorkostenarbeiten wie Kanalbauten, Flußregulierungsarbeiten, Erschließung versoffener und als unrentabel aufgegebenen Gruben, Aufbau neuer Betriebe usw. Bei der Verwirklichung dieser Projekte sollen zunächst 7 000 Menschen untergebracht werden. Zusätzlich hat der Erzbergbau Aue für das 2. Quartal dieses Jahres 4 000 weitere Arbeitskräfte angefordert. Auch für den Ausbau der mecklenburgischen Werften, die jetzt Fischkutter für Sowjetrußland bauen, sollen noch 3 000 Arbeitskräfte eingestellt werden usw. Zentrale Ziffern über die Arbeitslosigkeit in der Ostzone wurden bisher nicht veröffentlicht. Allein die Maßnahme des Personalabbaus in den Verwaltungen machten rund 200 000 Kräfte arbeitslos. Kalkulationen auf Grund von Stichproben auf den einzelnen Ämtern für Arbeit und Sozialfürsorge kommen zu einer Arbeitslosenziffer von 450 000. Die Ämter für Arbeit und Sozialfürsorge, die aus den früheren Arbeitsämtern hervorgegangen sind, wurden angewiesen, in gegenseitigem Wettbewerb zur Unterbringung der Nichtbeschäftigten zu treten.

WPZ vom 7. April 49

Wahlen? ADN verbreitet die Meldung, daß der von der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzte "Berliner Ausschuss für Einheit und gerechten Frieden" bei den vier Militärkommandanten die Zulassung von Wahlen am 15. und 16. Mai beantragen werde. Es solle sich um allgemeine direkte und geheime Wahlen für den Dritten Volkskongress handeln. Berliner politische Kreise erklären dazu, die beiden vorangegangenen Volkskongresse seien durch ein völlig unkontrollierbares Berufungsverfahren zustande gekommen. Die jetzt angekündigten Wahlen würden auch in Berlin kaum nach einem anderen Modus vor sich gehen, als es für die Ostzone geplant sei. Hier würden die Delegierten, wie amtlich bekanntgegeben worden sei, nach einer Einheitsliste bestimmt. Diese Liste sei in internen Besprechungen zwischen der SED und den Blockparteien aufgestellt worden, so daß die Bevölkerung nur die Möglichkeit habe, durch ein Ja oder Nein abzustimmen. Aussicht darauf, in den Westsektoren Gehör zu finden, dürfte die SED jedoch erst haben, wenn sie sich zu einer echten Wahl stelle. Bemerkenswert sei jedoch, daß jetzt eine Institution, die von sowjetischer Seite stark begünstigt werde, sich zum ersten Male seit längerer Zeit an alle vier Kommandanten Berlins wende, wodurch der Viermächtecharakter der Stadt anerkannt werde.

Allgem. Ztg. vom 14. April 49

Zentralisierung in der Ostzone. Ein großer Teil volkseigener Betriebe wurde nach der Zusammenfassung in Vereinigungen der DWK unterstellt, ebenso gingen auch verschiedene andere wirtschaftspolitische Funktionen aus dem Bereich der Länderregierungen auf die Zonenverwaltung über; dadurch wurden Etatverschiebungen und die Aufstellung eines besonderen Zonenhaushaltes erforderlich. Nunmehr hat die DWK beschlossen, mit Wirkung vom 1. April 1949 ein "Deutsches Zentralfinanzamt" bei der Hauptverwaltung Finanzen zu errichten.

WPZ vom 7. April 49

DRP. Die britische Mil.Reg. hat die Deutsche Rechtspartei im Kreise Griffhorn, zu dem auch Wolfsburg gehört, verboten. Der Zivilgouverneur von Niedersachsen hat der Parteiführung nationalistische und mil. Haltung vorgeworfen. Der politische Feldzug der Partei in den letzten Monaten sei provokatorisch und die Methoden der Partei stellten eine Bedrohung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung dar.

Allgem. Ztg. vom 14. April 1949

14/4/49

No. 115

Auszüge aus Presseberichten

Arbeitsbeschaffung in der Ostzone. Im Kampfe gegen die ansteigende Arbeitslosigkeit der Ostzone werden zur Zeit besondere Arbeitsförderungsprogramme vorbereitet. Der 20 %ige Personalabbau im Verwaltungsapparat und der vielfache Übergang zur Kurzarbeit in den Industriebetrieben als Folge des Rohstoffmangels haben zu einem beträchtlichen Anschwellen der Arbeitslosenziffer in der Ostzone geführt. Die Arbeitslosen setzen sich vor allem zusammen aus früheren Beamten, kaufmännischen und Verwaltungsangestellten, ungelerten Arbeitern und den Angehörigen der Intelligenzberufe, wie Studienräte, Richter, Lehrer usw., die aus politischen Gründen ihren einstigen Beruf nicht ausüben dürfen. Auch enteignete Unternehmer und Gutbesitzer sind hier zu nennen. Unter die Arbeitsförderungsprojekte, die von der DWK ausgearbeitet werden, fallen Vorhaben wie Kanalbauten, Flußregulierungsarbeiten, Erschließung versoffener und als unrentabel aufgegebenen Gruben, Aufbau neuer Betriebe usw. Bei der Verwirklichung dieser Projekte sollen zunächst 7 000 Menschen untergebracht werden. Zusätzlich hat der Erzbergbau Aue für das 2. Quartal dieses Jahres 4 000 weitere Arbeitskräfte angefordert. Auch für den Ausbau der mecklenburgischen Werften, die jetzt Fischkutter für Sowjetrußland bauen, sollen noch 3 000 Arbeitskräfte eingestellt werden usw. Zentrale Ziffern über die Arbeitslosigkeit in der Ostzone wurden bisher nicht veröffentlicht. Allein die Maßnahme des Personalabbaus in den Verwaltungen machten rund 200 000 Kräfte arbeitslos. Kalkulationen auf Grund von Stichproben auf den einzelnen Ämtern für Arbeit und Sozialfürsorge kommen zu einer Arbeitslosenziffer von 450 000. Die Ämter für Arbeit und Sozialfürsorge, die aus den früheren Arbeitsämtern hervorgegangen sind, wurden angewiesen, in gegenseitigem Wettbewerb zur Unterbringung der Nichtbeschäftigten zu treten.

WFZ vom 7. April 49

Wahlen? ADN verbreitet die Meldung, daß der von der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzte "Berliner Ausschuß für Einheit und gerechten Frieden" bei den vier Militärkommandanten die Zulassung von Wahlen am 15. und 16. Mai beantragen werde. Es solle sich um allgemeine direkte und geheime Wahlen für den Dritten Volkskongreß handeln. Berliner politische Kreise erklären dazu, die beiden vorangegangenen Volkskongresse seien durch ein völlig unkontrollierbares Berufungsverfahren zustande gekommen. Die jetzt angekündigten Wahlen würden auch in Berlin kaum nach einem anderen Modus vor sich gehen, als es für die Ostzone geplant sei. Hier würden die Delegierten, wie amtlich bekanntgegeben worden sei, nach einer Einheitsliste bestimmt. Diese Liste sei in internen Besprechungen zwischen der SED und den Blockparteien aufgestellt worden, so daß die Bevölkerung nur die Möglichkeit habe, durch ein Ja oder Nein abzustimmen. Aussicht darauf, in den Westsektoren Gehör zu finden, dürfte die SED jedoch erst haben, wenn sie sich zu einer echten Wahl stelle. Bemerkenswert sei jedoch, daß jetzt eine Institution, die von sowjetischer Seite stark begünstigt werde, sich zum ersten Male seit längerer Zeit an alle vier Kommandanten Berlins wende, wodurch der Viermächtecharakter der Stadt anerkannt werde.

Allgem. Ztg. vom 14. April 49

Zentralisierung in der Ostzone. Ein großer Teil volkseigener Betriebe wurde nach der Zusammenfassung in Vereinigungen der DWK unterstellt, ebenso gingen auch verschiedene andere wirtschaftspolitische Funktionen aus dem Bereich der Länderregierungen auf die Zonenverwaltung über; dadurch wurden Etatverschiebungen und die Aufstellung eines besonderen Zonenhaushaltes erforderlich. Nunmehr hat die DWK beschlossen, mit Wirkung vom 1. April 1949 ein "Deutsches Zentralfinanzamt" bei der Hauptverwaltung Finanzen zu errichten.

WFZ vom 7. April 49

DRP. Die britische Mil.Reg. hat die Deutsche Rechtspartei im Kreise Griffhorn, zu dem auch Wolfsburg gehört, verboten. Der Zivilgouverneur von Niedersachsen hat der Parteiführung nationalistische und mil. Haltung vorgeworfen. Der politische Feldzug der Partei in den letzten Monaten sei provokatorisch und die Methoden der Partei stellten eine Bedrohung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung dar.

Allgem. Ztg. vom 14. April 1949

11/4/49

No. 76

Auszüge aus Rundfunkberichten
=====Sender Leipzig vom 10. April 1949

Schwerin: Minister QUANDT übernahm heute 30 Traktoren. Auf einer Kundgebung wies er darauf hin, daß hier eine Friedenskundgebung stattfindet, während man im Westen mit der Vorbereitung eines neuen Krieges beschäftigt sei.

Erfurt: Der Generalsekretär der CDU, Georg DERTINGER, erklärte auf einer CDU-Kundgebung in Erfurt, die Verfassung für die deutsche demokratische Republik teile wesentliche Merkmale mit der christlichen Gedankenwelt.

Schwerin: 27 volkseigene Güter haben bereits die Frühjahrsaussaat beendet. Auf der Insel Rügen wurde trotz des Unwetters die Frühjahrsgetreideaussaat zu 50 % durchgeführt.

Dresden: 65 000 ha der Anbaufläche Sachsens sind mit Sommergetreide und Hülsenfrüchten bestellt worden. Mit der Aussaat von Frühkartoffeln und Gemüse ist bereits begonnen worden.

Torgau: 700 t Superphosphat trafen im Hafen Torgau aus Belgien ein. Weitere 1 000 t " " werden in Kürze erwartet.

Der Kommentar behandelte die Annexion. So hieß es u.a.: Die Annexion deutscher Gebiete im Westen ist eine abgeschlossene Tatsache. Zwar protestierten einige deutsche Ministerpräsidenten dagegen, doch war das ein hohler Protest, um den man nichts riskierte. Die SU sandte eine Note und sprach darin aus, daß eine Abänderung der Grenze nur auf der Grundlage eines gemeinsamen Beschlusses der vier Großmächte durchgeführt werden dürfe. Sie setzte die drei Westmächte davon in Kenntnis, daß sie die Abänderungen als ungesetzlich betrachte. Die Antworten ergingen sich in wenigen Ausflüchten. Es steht fest, daß die Westmächte den Benelux-Staaten die losgelösten Gebiete als Köder hingeworfen haben, um die Spannungen zu mindern, die der Atlantikpakt heraufbeschworen hat. Deutschland hält man nicht für nötig zu befragen, da genügen die Erfüllungspolitikern à la Adenauer. Dieser Tage wurde laut, daß neue Waffen nach Europa gebracht werden sollen. Amerikanische Generale äußerten, die Annahme, daß die USA das Monopol der Atomwaffe besäße, sei einer der vier Irrtümer, auch warnten sie, übermäßiges Vertrauen in die Luftstreitkräfte zu setzen. Die Generale wollen ihre Landsleute auf die Beine bringen. Nachdem der Atlantikpakt unterzeichnet ist, wollen sie Europa so organisieren, wie sie es für den antisowjetischen Krieg brauchen. Die Deutschen müssen unverzüglich diesen Plänen entgegenreten. Durch das Besatzungsstatut wird Deutschland keine Souveränität mehr besitzen. Angedeutet wird, daß Deutschland auch Kehl geraubt wird. Die westdeutsche Verfassung steht allein unter dem Gesichtspunkt, den ausländischen Interessen Rechnung zu tragen. Herr Adenauer kann es kaum noch erwarten, bis es soweit ist. Der "Tag" hatte die Schamlosigkeit, die Washingtoner Beschlüsse unter der dicken Schlagzeile anzukündigen: Deutschland wird selbständig. Es steht fest, daß die westdeutschen Politiker einen deutschen Widerstand überhaupt nicht mehr wollen, sondern auf Kapitulation erpicht sind.

Am Sonntag ist der Wortlaut des Besatzungsstatuts bekanntgegeben worden das über Westdeutschland verhängt wird. Das ist das bisher tollste Stück, was uns passierte. Dieses Besatzungsstatut als Grundlage für eine staatliche Selbstverwaltung auszugeben, stellt eine Verhöhnung dar. Denn es handelt sich nicht um ein Statut, sondern um ein Kolonialstatut. Eine Unterwerfung wird Deutschland zu einer Kolonie degradieren. Wehe demjenigen der westlichen Politiker, der seinen Namen dazu hergibt! Die Lösung muß heißen: Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr danach. Nur auf dieser Grundlage kann das deutsche Volk Verhandlungen über sein Schicksal akzeptieren. Wer das Besatzungsstatut akzeptiert, zerreißt Deutschland und zerreißt den Frieden. Daher: Nationale Selbsthilfe tut not! Ausführungen Bruno Goldenbaums zum Bes. Statut.

Der Bischof von Meissen äußerte sich zur Friedensbewegung wie folgt: Die andauernde Beunruhigung der Welt durch Kriegsgertüchte veranlaßt auch die Kirche, die Stimme zu erheben und die aktiven und praktischen Friedensbewegungen zu unterstützen. Mögen in diesem Sinn unsere guten Wünsche den Vertretern unseres Volkes und anderer Völker gelten, die nur dem einen Ziel dienen wollen: Frieden auf Erden den Menschen, die eines guten Willens sind.

REGISTRY COPY

11/4/49

No. 76

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 10. April 1949

Schwerin: Minister QUANDT übernahm heute 30 Traktoren. Auf einer Kundgebung wies er darauf hin, daß hier eine Friedenskundgebung stattfindet, während man im Westen mit der Vorbereitung eines neuen Krieges beschäftigt sei.

Erfurt: Der Generalsekretär der CDU, Georg BERTINGER, erklärte auf einer CDU-Kundgebung in Erfurt, die Verfassung für die deutsche demokratische Republik teile wesentliche Merkmale mit der christlichen Gedankenwelt.

Schwerin: 27 volkseigene Güter haben bereits die Frühjahrsaussaat beendet. Auf der Insel Rügen wurde trotz des Unwetters die Frühjahrsgetreideaussaat zu 50 % durchgeführt.

Dresden: 65 000 ha der Anbaufläche Sachsens sind mit Sommergetreide und Hülsenfrüchten bestellt worden. Mit der Aussaat von Frühkartoffeln und Gemüse ist bereits begonnen worden.

Torgau: 700 t Superphosphat trafen im Hafen Torgau aus Belgien ein. Weitere 1 000 t " " werden in Kürze erwartet.

Der Kommentar behandelte die Annexion. So hieß es u.a.: Die Annexion deutscher Gebiete im Westen ist eine abgeschlossene Tatsache. Zwar protestierten einige deutsche Ministerpräsidenten dagegen, doch war das ein hohler Protest, um den man nichts riskierte. Die SU sandte eine Note und sprach darin aus, daß eine Abänderung der Grenze nur auf der Grundlage eines gemeinsamen Beschlusses der vier Großmächte durchgeführt werden dürfe. Sie setzte die drei Westmächte davon in Kenntnis, daß sie die Abänderungen als ungesetzlich betrachte. Die Antworten ergingen sich in wenigen Ausflüchten. Es steht fest, daß die Westmächte den Benelux-Staaten die losgelösten Gebiete als Köder hingeworfen haben, um die Spannungen zu mindern, die der Atlantikpakt heraufbeschworen hat. Deutschland hält man nicht für nötig zu befragen, da genügen die Erfüllungspolitikern à la Adenauer. Dieser Tage wurde laut, daß neue Waffen nach Europa gebracht werden sollen. Amerikanische Generale äußerten, die Annahme, daß die USA das Monopol der Atomwaffe besäße, sei einer der vier Irrtümer, auch warnten sie, übermäßiges Vertrauen in die Luftstreitkräfte zu setzen. Die Generale wollen ihre Landsleute auf die Beine bringen. Nachdem der Atlantikpakt unterzeichnet ist, wollen sie Europa so organisieren, wie sie es für den antisowjetischen Krieg brauchen. Die Deutschen müssen unverzüglich diesen Plänen entgegenreten. Durch das Besatzungsstatut wird Deutschland keine Souveränität mehr besitzen. Angedeutet wird, daß Deutschland auch Kehl geraubt wird. Die westdeutsche Verfassung steht allein unter dem Gesichtspunkt, den ausländischen Interessen Rechnung zu tragen. Herr Adenauer kann es kaum noch erwarten, bis es soweit ist. Der "Tag" hatte die Schamlosigkeit, die Washingtoner Beschlüsse unter der dicken Schlagzeile anzukündigen: Deutschland wird selbständig. Es steht fest, daß die westdeutschen Politiker einen deutschen Widerstand überhaupt nicht mehr wollen, sondern auf Kapitulation erpicht sind.

Am Sonntag ist der Wortlaut des Besatzungsstatuts bekanntgegeben worden, das über Westdeutschland verhängt wird. Das ist das bisher tollste Stück was uns passierte. Dieses Besatzungsstatut als Grundlage für eine staatliche Selbstverwaltung auszugeben, stellt eine Verhöhnung dar. Denn es handelt sich nicht um ein Statut, sondern um ein Kolonialstatut. Eine Unterwerfung wird Deutschland zu einer Kolonie degradieren. Wehe demjenigen der westlichen Politiker, der seinen Namen dazu hergibt! Die Lösung muß heißen: Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr danach. Nur auf dieser Grundlage kann das deutsche Volk Verhandlungen über sein Schicksal akzeptieren. Wer das Besatzungsstatut akzeptiert, zerreißt Deutschland und zerreißt den Frieden. Daher: Nationale Selbsthilfe tut not! Ausführungen Bruno Goldenbaums zum Bes. Statut.

Der Bischof von Meissen äußerte sich zur Friedensbewegung wie folgt: Die andauernde Beunruhigung der Welt durch Kriegsgerüchte veranlaßt auch die Kirche, die Stimme zu erheben und die aktiven und praktischen Friedensbewegungen zu unterstützen. Mögen in diesem Sinn unsere guten Wünsche den Vertretern unseres Volkes und anderer Völker gelten, die nur dem einen Ziel dienen wollen: Frieden auf Erden den Menschen, die eines guten Willens sind.

11/4/49

No. 76

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 10. April 1949

Schwerin: Minister QUANDT übernahm heute 30 Traktoren. Auf einer Kundgebung wies er darauf hin, daß hier eine Friedenskundgebung stattfinden, während man im Westen mit der Vorbereitung eines neuen Krieges beschäftigt sei.

Erfurt: Der Generalsekretär der CDU, Georg DERTINGER, erklärte auf einer CDU-Kundgebung in Erfurt, die Verfassung für die deutsche demokratische Republik teile wesentliche Merkmale mit der christlichen Gedankenwelt.

Schwerin: 27 volkseigene Güter haben bereits die Frühjahrsaussaat beendet. Auf der Insel Rügen wurde trotz des Unwetters die Frühjahrsgetreideaussaat zu 50 % durchgeführt.

Dresden: 65 000 ha der Anbaufläche Sachsens sind mit Sommergetreide und Hülsenfrüchten bestellt worden. Mit der Aussaat von Frühkartoffeln und Gemüse ist bereits begonnen worden.

Torgau: 700 t Superphosphat trafen im Hafen Torgau aus Belgien ein. Weitere 1 000 t " " werden in Kürze erwartet.

Der Kommentar behandelte die Annexion. So hieß es u.a.: Die Annexion deutscher Gebiete im Westen ist eine abgeschlossene Tatsache. Zwar protestierten einige deutsche Ministerpräsidenten dagegen, doch war das ein hohler Protest, um den man nichts riskierte. Die SU sandte eine Note und sprach darin aus, daß eine Abänderung der Grenze nur auf der Grundlage eines gemeinsamen Beschlusses der vier Großmächte durchgeführt werden dürfe. Sie setzte die drei Westmächte davon in Kenntnis, daß sie die Abänderungen als ungesetzlich betrachte. Die Antworten ergingen sich in wenigen Ausflüchten. Es steht fest, daß die Westmächte den Benelux-Staaten die losgelösten Gebiete als Köder hingeworfen haben, um die Spannungen zu mindern, die der Atlantikpakt heraufbeschworen hat. Deutschland hält man nicht für nötig zu befragen, da genügen die Erfüllungspolitik à la Adenauer. Dieser Tage wurde laut, daß neue Waffen nach Europa gebracht werden sollen. Amerikanische Generale äußerten, die Annahme, daß die USA das Monopol der Atomwaffe besäße, sei einer der vier Irrtümer, auch warnten sie, übermäßiges Vertrauen in die Luftstreitkräfte zu setzen. Die Generale wollen ihre Landsleute auf die Beine bringen. Nachdem der Atlantikpakt unterzeichnet ist, wollen sie Europa so organisieren, wie sie es für den antisowjetischen Krieg brauchen. Die Deutschen müssen unverzüglich diesen Plänen entgegenreten. Durch das Besatzungsstatut wird Deutschland keine Souveränität mehr besitzen. Angedeutet wird, daß Deutschland auch kein geraubt wird. Die westdeutsche Verfassung steht allein unter dem Gesichtspunkt, den ausländischen Interessen Rechnung zu tragen. Herr Adenauer kann es kaum noch erwarten, bis es soweit ist. Der "Tag" hatte die Schamlosigkeit, die Washingtoner Beschlüsse unter der dicken Schlagzeile anzukünden: Deutschland wird selbständig. Es steht fest, daß die westdeutschen Politiker einen deutschen Widerstand überhaupt nicht mehr wollen, sondern auf Kapitulation erpicht sind.

Am Sonntag ist der Wortlaut des Besatzungsstatuts bekanntgegeben worden das über Westdeutschland verhängt wird. Das ist das bisher tollste Stück, was uns passierte. Dieses Besatzungsstatut als Grundlage für eine staatliche Selbstverwaltung auszugeben, stellt eine Verhöhnung dar. Denn es handelt sich nicht um ein Statut, sondern um ein Kolonialstatut. Eine Unterwerfung wird Deutschland zu einer Kolonie degradieren. Wehe demjenigen der westlichen Politiker, der seinen Namen dazu hergibt! Die Lösung muß heißen: Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr danach. Nur auf dieser Grundlage kann das deutsche Volk Verhandlungen über sein Schicksal akzeptieren. Wer das Besatzungsstatut akzeptiert, zerreißt Deutschland und zerreißt den Frieden. Daher: Nationale Selbsthilfe tut not!

Ausführungen Bruno Goldenbaums zum Bes. Statut.

Der Bischof von Weissen äußerte sich zur Friedensbewegung wie folgt: Die andauernde Beunruhigung der Welt durch Kriegserfichte veranlaßt auch die Kirche, die Stimme zu erheben und die aktiven und praktischen Friedensbewegungen zu unterstützen. Mögen in diesem Sinn unsere guten Wünsche den Vertretern unseres Volkes und anderer Völker gelten, die nur dem einen Ziel dienen wollen: Frieden auf Erden den Menschen, die eines guten Willens sind.

No. 79

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Moskau vom 13. April 1949

Misleben: Der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt sagte zum Besatzungsstatut, daß durch diesen Willkürakt die fortschrittliche Menschheit auf eine harte Probe gestellt würde. Sie stehe vor der Entscheidung, entweder gegen die drohende Kriegsgefahr sich mit allen Kräften zur Wehr zu setzen oder zugrunde zu gehen. Die Kriegsverbrecher dürften nicht erst nach dem Kriege, sondern müßten bereits vorher bestraft werden. Es müßte alles getan werden, um den Frieden, die Freiheit und den Fortschritt der Menschheit zu sichern.

Weimar: Während sich die westdeutsche Bevölkerung in immer stärkerem Maße für eine Verständigung ausspricht, verraten die westdeutschen Politiker die wahren Interessen des deutschen Volkes und somit die Zukunft, erklärte der Antifa-Block Thüringens. Die westdeutschen Spalterpolitiker haben das Recht verwirrt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Die immer stärker werdende Friedensfront wird auch das deutsche Volk in ihrem Kampf um die Einheit unterstützen.

Berlin: Mit dem westdeutschen Besatzungsstatut bahnt sich eine Kolonialpolitik an, erklärte Professor KASTNER. Im Zusammenhang mit den über die Ostzone verbreiteten Greuelnachrichten sollen die Bewohner der Ostzone ihren Bekannten und Verwandten im Westen die Wahrheit schreiben, die ihnen durch die Westpresse versagt sei. Stärker als die Sprache der Bajonette und Kanonen sei der geschlossene Wille des Volkes.

Misleben: Der erweiterte Zentralvorstand der IG Bergbau protestierte gegen das von den Westmächten dem deutschen Volk aufgezwungene Besatzungsstatut und bezeichnete es als einen erneuten Bruch der Potsdamer Beschlüsse. Es könne jedoch die werktätige Bevölkerung vom Kampf um die Einheit des deutschen Volkes nicht abhalten, vielmehr werde der nationale Widerstand gegen alle imperialistischen Pläne verstärkt. Die Bergarbeiter in Ost und West fordern Frieden, Einheit und Abzug der Besatzungstruppen.

Bonn: Der KPD-Abgeordnete Max REIMANN wandte sich in einer Erklärung nochmals gegen das Besatzungsstatut, um, wie er sagte, zu verhindern, daß Westdeutschland für ewig die Souveränität genommen werde. Er beantragte die Annahme des KPD-Antrages, das Besatzungsstatut zurückzuweisen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der KPD abgelehnt.

Sender Leipzig vom 13. April 1949

Frankfurt: Die letzten 3 der insgesamt 540 LKW's trafen gestern in der Oderstadt ein und wurden sofort nach Sachsen weitergeleitet.

Halle: Wer nicht an den Frieden glaubt, denkt an den Krieg, erklärten zwei polnische Journalisten einem Vertreter des Mitteldeutschen Rundfunks. Sie äußerten, daß das volksdemokratische Polen bereit sei, Deutschland am Aufbau zu helfen. Sie glauben fest daran, daß die Bevölkerung Westdeutschlands nicht in die Fußtapfen ihrer augenblicklichen Wächter treten werden. Abschließend erklärten sie, Polen würde jederzeit den deutschen Kampf um Einheit und gerechten Frieden unterstützen.

Auszüge aus dem Kommentar der Frau Dr. ROWALD:

Schon auf der Leipziger Messe konnte festgestellt werden, daß sich in der Ostzone besonders im Außenhandel eine entscheidende Wendung vollzogen hat. Während 1947 noch rund 80 % der Waren nach dem Westen gingen, trat 1948 vor allem Osteuropa in Erscheinung. Hierbei ist die SU der bedeutendste Handelspartner. - In diesen Tagen werden nun die einzelnen Lieferverträge mit der SU für das Jahr 49 abgeschlossen. Aller Voraussicht nach wird die SU auch in diesem Jahr wieder an der Spitze stehen. Es ist anzunehmen, daß sich die Umsätze gegenüber 48 noch wesentlich erhöhen werden. Außer den Traktoren und LKW's und außer der Verbesserung der Ernährungslage durch Fett und Getreide werden es besonders Rohstoffe sein, die eingeführt werden. Dagegen werden die Gegenlieferungen unserer eigenen Wirtschaft vor allem aus Fertigwaren bestehen, wie Maschinen, Kompressoren, Schreib- und Nähmaschinen, Fahrräder usw. Der Warenverkehr basiert auf einem Gütertausch, der es immer ermöglichen wird, die Planziele zu erreichen. Wie ganz anders steht es da im Westen. Das hat das Bes. Statut jedem wirtschaftlich denkenden Menschen erst wieder klar gemacht. Bekanntlich gehört zu den Zuständigkeiten der Hohen Kommissare die Überwachung des Außenhandels. Die Wirtschaft der Westzonen wird also allein von den Interessen der Westmächte abhängen. Nicht deutsche, sondern ausländische Interessen.

14/4/49

No. 79

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Moskau vom 13. April 1949

Wisleben: Der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt sagte zum Besatzungsstatut, daß durch diesen Willkürakt die fortschrittliche Menschheit auf eine harte Probe gestellt würde. Sie stehe vor der Entscheidung, entweder gegen die drohende Kriegsgefahr sich mit allen Kräften zur Wehr zu setzen oder zugrunde zu gehen. Die Kriegsverbrecher dürften nicht erst nach dem Kriege, sondern müßten bereits vorher bestraft werden. Es müßte alles getan werden, um den Frieden, die Freiheit und den Fortschritt der Menschheit zu sichern.

Weimar: Während sich die westdeutsche Bevölkerung in immer stärkerem Maße für eine Verständigung ausspricht, verraten die westdeutschen Politiker die wahren Interessen des deutschen Volkes und somit die Zukunft, erklärte der Antifa-Block Thüringens. Die westdeutschen Spalterpolitiker haben das Recht verwirrt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Die immer stärker werdende Friedensfront wird auch das deutsche Volk in ihrem Kampf um die Einheit unterstützen.

Berlin: Mit dem westdeutschen Besatzungsstatut bahnt sich eine Kolonialpolitik an, erklärte Professor KASTNER. Im Zusammenhang mit den über die Ostzone verbreiteten Greuelnachrichten sollen die Bewohner der Ostzone ihren Bekannten und Verwandten im Westen die Wahrheit schreien, die ihnen durch die Westpresse versagt sei. Stärker als die Sprache der Bajonette und Kanonen sei der geschlossene Wille des Volkes.

Wisleben: Der erweiterte Zentralvorstand der IG Bergbau protestierte gegen das von den Westmächten dem deutschen Volk aufgezwungene Besatzungsstatut und bezeichnete es als einen erneuten Bruch der Potsdamer Beschlüsse. Es könne jedoch die werktätige Bevölkerung vom Kampf um die Einheit des deutschen Volkes nicht abhalten, vielmehr werde der nationale Widerstand gegen alle imperialistischen Pläne verstärkt. Die Bergarbeiter in Ost und West fordern Frieden, Einheit und Abzug der Besatzungstruppen.

Bonn: Der KPD-Abgeordnete Max REIMANN wandte sich in einer Erklärung nochmals gegen das Besatzungsstatut, um, wie er sagte, zu verhindern, daß Westdeutschland für ewig die Souveränität genommen werde. Er beantragte die Annahme des KPD-Antrages, das Besatzungsstatut zurückzuweisen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der KPD abgelehnt.

Sender Leipzig vom 13. April 1949

Frankfurt: Die letzten 3 der insgesamt 540 LKW's trafen gestern in der Oderstadt ein und wurden sofort nach Sachsen weitergeleitet.

Halle: Wer nicht an den Frieden glaubt, denkt an den Krieg, erklärten zwei polnische Journalisten einem Vertreter des Mitteldeutschen Rundfunks. Sie äußerten, daß das volksdemokratische Polen bereit sei, Deutschland am Aufbau zu helfen. Sie glauben fest daran, daß die Bevölkerung Westdeutschlands nicht in die Fußtapfen ihrer augenblicklichen Machthaber treten werden. Abschließend erklärten sie, Polen würde jederzeit den deutschen Kampf um Einheit und gerechten Frieden unterstützen.

Auszüge aus dem Kommentar der Frau Dr. ROWALD:

Schon auf der Leipziger Messe konnte festgestellt werden, daß sich in der Ostzone besonders im Außenhandel eine entscheidende Wendung vollzogen hat. Während 1947 noch rund 80 % der Waren nach dem Westen gingen, trat 1948 vor allem Osteuropa in Erscheinung. Hierbei ist die SU der bedeutendste Handelspartner. - In diesen Tagen werden nun die einzelnen Lieferverträge mit der SU für das Jahr 49 abgeschlossen. Aller Voraussicht nach wird die SU auch in diesem Jahr wieder an der Spitze stehen. Es ist anzunehmen, daß sich die Umsätze gegenüber 48 noch wesentlich erhöhen werden. Außer den Traktoren und LKW's und außer der Verbesserung der Ernährungslage durch Fett und Getreide werden es besonders Rohstoffe sein, die eingeführt werden. Dagegen werden die Gegenlieferungen unserer eigenen Wirtschaft vor allem aus Fertigwaren bestehen, wie Maschinen, Kompressoren, Schreib- und Nähmaschinen, Fahrräder usw. Der Warenverkehr basiert auf einem Gütertausch, der es immer ermöglichen wird, die Planziele zu erreichen. Wie ganz anders steht es da im Westen. Das hat das Bes. Statut jedem wirtschaftlich denkenden Menschen erst wieder klar gemacht. Bekanntlich gehört zu den Zuständigkeiten der Hohen Kommissare die Überwachung des Außenhandels. Die Wirtschaft der Westzonen wird also allein von den Interessen der Westmächte abhängen. Nicht deut-

14/4/49

No. 79

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Moskau vom 13. April 1949

Eisleben: Der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt sagte zum Besatzungsstatut, daß durch diesen Willkürakt die fortschrittliche Menschheit auf eine harte Probe gestellt würde. Sie stehe vor der Entscheidung, entweder gegen die drohende Kriegsgefahr sich mit allen Kräften zur Wehr zu setzen oder zugrunde zu gehen. Die Kriegsverbrecher dürften nicht erst nach dem Kriege, sondern müßten bereits vorher bestraft werden. Es müßte alles getan werden, um den Frieden, die Freiheit und den Fortschritt der Menschheit zu sichern.

Weimar: Während sich die westdeutsche Bevölkerung in immer stärkerem Maße für eine Verständigung ausspricht, verraten die westdeutschen Politiker die wahren Interessen des deutschen Volkes und somit die Zukunft, erklärte der Antifa-Block Thüringens. Die westdeutschen Splitterpolitiker haben das Recht verwirrt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Die immer stärker werdende Friedensfront wird auch das deutsche Volk in ihrem Kampf um die Einheit unterstützen.

Berlin: Mit dem westdeutschen Besatzungsstatut bahnt sich eine Kolonialpolitik an, erklärte Professor KASTNER. Im Zusammenhang mit den über die Ostzone verbreiteten Greuelnachrichten sollen die Bewohner der Ostzone ihren Bekannten und Verwandten im Westen die Wahrheit schreiben, die ihnen durch die Westpresse versagt sei. Stärker als die Sprache der Bajonette und Kanonen sei der geschlossene Wille des Volkes.

Eisleben: Der erweiterte Zentralvorstand der IG Bergbau protestierte gegen das von den Westmächten dem deutschen Volk aufgezwungene Besatzungsstatut und bezeichnete es als einen erneuten Bruch der Potsdamer Beschlüsse. Es könne jedoch die werktätige Bevölkerung vom Kampf um die Einheit des deutschen Volkes nicht abhalten, vielmehr werde der nationale Widerstand gegen alle imperialistischen Pläne verstärkt. Die Bergarbeiter in Ost und West fordern Frieden, Einheit und Abzug der Besatzungstruppen.

Bonn: Der KPD-Abgeordnete Max REIMANN wandte sich in einer Erklärung nochmals gegen das Besatzungsstatut, um, wie er sagte, zu verhindern, daß Westdeutschland für ewig die Souveränität genommen werde. Er beantragte die Annahme des KPD-Antrages, das Besatzungsstatut zurückzuweisen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der KPD abgelehnt.

Sender Leipzig vom 13. April 1949

Frankfurt: Die letzten 3 der insgesamt 540 LKW's trafen gestern in der Oderstadt ein und wurden sofort nach Sachsen weitergeleitet.

Halle: Wer nicht an den Frieden glaubt, denkt an den Krieg, erklärten zwei polnische Journalisten einem Vertreter des Mitteldeutschen Rundfunks. Sie äußerten, daß das volksdemokratische Polen bereit sei, Deutschland am Aufbau zu helfen. Sie glauben fest daran, daß die Bevölkerung Westdeutschlands nicht in die Fußtapfen ihrer augenblicklichen Machthaber treten werden. Abschließend erklärten sie, Polen würde jederzeit den deutschen Kampf um Einheit und gerechten Frieden unterstützen.

Auszüge aus dem Kommentar der Frau Dr. ROWALD:

Schon auf der Leipziger Messe konnte festgestellt werden, daß sich in der Ostzone besonders im Außenhandel eine entscheidende Wendung vollzogen hat. Während 1947 noch rund 80 % der Waren nach dem Westen gingen, trat 1948 vor allem Osteuropa in Erscheinung. Hierbei ist die SU der bedeutendste Handelspartner. - In diesen Tagen werden nun die einzelnen Lieferverträge mit der SU für das Jahr 49 abgeschlossen. Aller Voraussicht nach wird die SU auch in diesem Jahr wieder an der Spitze stehen. Es ist anzunehmen, daß sich die Umsätze gegenüber 48 noch wesentlich erhöhen werden. Außer den Traktoren und LKW's und außer der Verbesserung der Ernährungslage durch Fett und Getreide werden es besonders Rohstoffe sein, die eingeführt werden. Dagegen werden die Gegenlieferungen unserer eigenen Wirtschaft vor allem aus Fertigwaren bestehen, wie Maschinen, Kompressoren, Schreib- und Nähmaschinen, Fahrräder usw. Der Warenverkehr basiert auf einem Gütertausch, der es immer ermöglichen wird, die Planziele zu erreichen. Wie ganz anders steht es da im Westen. Das hat das Bes. Statut jedem wirtschaftlich denkenden Menschen erst wieder klar gemacht. Bekanntlich gehört zu den Zuständigkeiten der Hohen Kommissare die Überwachung des Außenhandels. Die Wirtschaft der Westzonen wird also allein von den Interessen der Westmächte abhängen. Nicht deut-

14/4/49

No. 79

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Moskau vom 13. April 1949

Wiesbaden: Der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt sagte zum Besatzungsstatut, daß durch diesen Willkürakt die fortschrittliche Menschheit auf eine harte Probe gestellt würde. Sie stehe vor der Entscheidung, entweder gegen die drohende Kriegsgefahr sich mit allen Kräften zur Wehr zu setzen oder zugrunde zu gehen. Die Kriegsverbrecher dürften nicht erst nach dem Kriege, sondern müßten bereits vorher bestraft werden. Es müßte alles getan werden, um den Frieden, die Freiheit und den Fortschritt der Menschheit zu sichern.

Weimar: Während sich die westdeutsche Bevölkerung in immer stärkerem Maße für eine Verständigung ausspricht, verraten die westdeutschen Politiker die wahren Interessen des deutschen Volkes und somit die Zukunft, erklärte der Antifa-Block Thüringens. Die westdeutschen Spalterpolitiker haben das Recht verwirkt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Die immer stärker werdende Friedensfront wird auch das deutsche Volk in ihrem Kampf um die Einheit unterstützen.

Berlin: Mit dem westdeutschen Besatzungsstatut bahnt sich eine Kolonialpolitik an, erklärte Professor KASTNER. Im Zusammenhang mit den über die Ostzone verbreiteten Greuelnachrichten sollen die Bewohner der Ostzone ihren Bekannten und Verwandten im Westen die Wahrheit schreiben, die ihnen durch die Westpresse versagt sei. Stärker als die Sprache der Bajonette und Kanonen sei der geschlossene Wille des Volkes.

Wiesbaden: Der erweiterte Zentralvorstand der IG Bergbau protestierte gegen das von den Westmächten dem deutschen Volk aufgezwungene Besatzungsstatut und bezeichnete es als einen erneuten Bruch der Potsdamer Beschlüsse. Es könne jedoch die werktätige Bevölkerung vom Kampf um die Einheit des deutschen Volkes nicht abhalten, vielmehr werde der nationale Widerstand gegen alle imperialistischen Pläne verstärkt. Die Bergarbeiter in Ost und West fordern Frieden, Einheit und Abzug der Besatzungstruppen.

Bonn: Der KPD-Abgeordnete Max REIMANN wandte sich in einer Erklärung nochmals gegen das Besatzungsstatut, um, wie er sagte, zu verhindern, daß Westdeutschland für ewig die Souveränität genommen werde. Er beantragte die Annahme des KPD-Antrages, das Besatzungsstatut zurückzuweisen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der KPD abgelehnt.

Sender Leipzig vom 13. April 1949

Frankfurt: Die letzten 3 der insgesamt 540 LKW's trafen gestern in der Oderstadt ein und wurden sofort nach Sachsen weitergeleitet.

Halle: Wer nicht an den Frieden glaubt, denkt an den Krieg, erklärten zwei polnische Journalisten einem Vertreter des Mitteldutschen Rundfunks. Sie äußerten, daß das volksdemokratische Polen bereit sei, Deutschland am Aufbau zu helfen. Sie glaubten fest daran, daß die Bevölkerung Westdeutschlands nicht in die Fußstapfen ihrer augenblicklichen Machthaber treten werden. Abschließend erklärten sie, Polen würde jederzeit den deutschen Kampf um Einheit und gerechten Frieden unterstützen.

Auszüge aus dem Kommentar der Frau Dr. ROWALD:

Schon auf der Leipziger Messe konnte festgestellt werden, daß sich in der Ostzone besonders im Außenhandel eine entscheidende Wendung vollzogen hat. Während 1947 noch rund 80 % der Waren nach dem Westen gingen, trat 1948 vor allem Osteuropa in Erscheinung. Hierbei ist die SU der bedeutendste Handelspartner. - In diesen Tagen werden nun die einzelnen Lieferverträge mit der SU für das Jahr 49 abgeschlossen. Aller Voraussicht nach wird die SU auch in diesem Jahr wieder an der Spitze stehen. Es ist anzunehmen, daß sich die Umsätze gegenüber 48 noch wesentlich erhöhen werden. Außer den Traktoren und LKW's und außer der Verbesserung der Ernährungslage durch Fett und Getreide werden es besonders Rohstoffe sein, die eingeführt werden. Dagegen werden die Gegenlieferungen unserer eigenen Wirtschaft vor allem aus Fertigwaren bestehen, wie Maschinen, Kompressoren, Schreib- und Nähmaschinen, Fahrräder usw. Der Warenverkehr basiert auf einem Gütertausch, der es immer ermöglichen wird, die Planziele zu erreichen. Wie ganz anders steht es da im Westen. Das hat das Bes. Statut jedem wirtschaftlich denkenden Menschen erst wieder klar gemacht. Bekanntlich gehört zu den Zuständigkeiten der Hohen Kommissare die Überwachung des Außenhandels. Die Wirtschaft der Westzonen wird also allein von den Interessen der Westmächte abhängen. Nicht deutsche, sondern ausländische Handelspartner.